

Vorwort

Mit dem Vertrag von Lissabon sollte eine dringend notwendige Justierung der strategischen Ausrichtung Europas vorgenommen werden. Zu den zentralen Reformen gehören die Einführung der doppelten Mehrheit, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens sowie die Anpassung der Instrumente der differenzierten Integration. Zudem enthält der neue Vertrag Mechanismen, die ein Weiterentwickeln der EU auch ohne Kraft raubende Vertragsverhandlungen ermöglichen. Schließlich soll künftig ein Außenminister die Union nach außen vertreten – auch wenn dieser nicht so heißen darf, sondern den Titel des „Hohen Repräsentanten der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ trägt. Damit würde die Sichtbarkeit der EU sowohl gegenüber internationalen Partnern als auch gegenüber den Bürgern erheblich verbessert und Identifikation mit Europa ermöglicht.

Doch dieser Reformversuch steht nach der Entscheidung der irischen Bevölkerung vor einem möglichen Scheitern. Die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung des Vertrags von Lissabon wie auch bei dessen Ratifikation zeigen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht mehr alle zum selben Zeitpunkt in allen Politikfeldern mit derselben Intensität vorangehen möchten oder können. Diese Herausforderung wird im diesjährigen Jahrbuch besonders deutlich – der Grundgedanke der differenzierten Integration ist nicht nur bei der Innenpolitik, sondern auch der Organisation der EU-Außenbeziehungen von hoher Relevanz. Entscheidend wird dabei ist, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

Im Kapitel des Jahrbuchs zu den *Institutionen der Europäischen Union* offenbaren sich die möglichen Konsequenzen eines Aufschubs der im Vertrag von Lissabon vorgesehenen institutionellen Reformen. Von einem Scheitern wären nicht nur die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Einführung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens oder des gewählten Präsidenten des Europäischen Rates betroffen. Entsprechend sind zwei zentrale Ereignisse der kommenden Monate, die Europawahlen Anfang Juni und die Bestellung einer neuen Kommission bis November 2009, bereits in diesem Jahrbuch spürbar. Eine Lösung der institutionellen Fragen verspricht da auch die Vielzahl an europäischen Agenturen nicht, über die erstmals Thomas Traguth berichtet.

Im Kapitel zur *Innenpolitik der Europäischen Union* zeigt sich, dass Kernbereiche des europäischen Regierens bereits differenzierten Formen folgen, sei es im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Unionsbürgerschaft oder in der Innen- und Justizpolitik. Insbesondere in den Beiträgen zur Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik oder zur Energie- und Klimapolitik wird deutlich, dass der europäische Zusammenhalt entgegen vielfach geäußerten Befürchtungen nicht ausgedünnt wird und die EU-Zusammenarbeit auch ohne ein planmäßiges Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon in zentralen Bereichen voranschreitet.

Im Kapitel zur *Außenpolitik der Europäischen Union* zeigen zwei beachtliche politische Initiativen, dass der Grundgedanke der Differenzierung auch in der Außenpolitik präsent ist: Die „Mittelmeer-Union“, die auf Initiative des französischen Präsidenten Nico-

las Sarkozy zustande kam und einen engen politischen Verbund zwischen der EU und den Mittelmeerstaaten herstellen soll. Und die „Östliche Partnerschaft“, die auf einer schwedisch-polnischen Initiative beruht und die Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten der EU, insbesondere Ukraine, aber auch Moldova, Belarus und den Staaten des südlichen Kaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan, stärken soll. Neben den regionenbezogenen Beiträgen soll in diesem Jahr ein eigener Beitrag zur Europäischen Nachbarschaftspolitik von Barbara Lippert das vielschichtige Beziehungsgeflecht der Europäischen Union beleuchten.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* zeigt sich, dass nicht nur die öffentliche Meinung und die Interessenvertretung in der EU differenzierter und erneut pessimistischer geworden sind, auch das Meinungsspektrum der Europäischen Parteien hat sich erweitert. Die Bedeutung der Nationalen Parlamente bei der Meinungsbildung und im europäischen Entscheidungsprozess beleuchtet erstmals Cyril Kirches.

Mehrere, erfolgreiche Erweiterungsrunden haben die Heterogenität innerhalb der Europäischen Union erhöht. Ökonomische, soziale und politische Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bleiben trotz wachsender Kohärenz bestehen. Die Vorstellungen davon, wie sich das Gebilde namens EU entwickeln soll, streben zunehmend auseinander. Im Kapitel zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten* offenbaren sich die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Antworten aus den 27 Mitgliedstaaten auf das irische Nein und die Zukunft der Europäischen Union besonders deutlich. Die Befürchtung, ein fester und geschlossener Kern von Mitgliedstaaten, der stets gemeinsam voranschreitet, könne zwangsläufig eine Spaltung der Union herbeiführen, erweist sich so als unbegründet.

Wie stark die Haltungen der Mitgliedstaaten auch bei einem weiteren großen europapolitischen Thema mitunter divergieren, offenbart sich insbesondere im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union*. Eine strategische Aussage über Zeitplan und Reichweite der nächsten Erweiterungsrunden würde selbst durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon nicht getroffen. Dessen ungeachtet werden gleichzeitig weitere Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen auf den Weg gebracht.

Das Kapitel zur *Europapolitik in anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen sowie in diesem Jahr wieder über das Verhältnis von NATO und EU.

Eine Chronologie, eine Zusammenstellung des europapolitischen Informationsangebots im Internet und eine umfangreiche Bibliographie im Anhang runden den Band ab.

Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre sachkundige Redaktion wäre die Realisierung auch dieses Jahrbuchs undenkbar gewesen.